



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Maßgebliches und Unmaßgebliches

Reichs Spiegel. Seitdem der Staatssekretär des Reichsmarineamts im Februar dieses Jahres der Budgetkommission des Reichstags eine Mitteilung über die für die Winteression beabsichtigte Flottenvorlage gemacht hatte, hat diese nicht aufgehört, Gegenstand der Diskussion zu sein. Viele Kreise, namentlich die des Flottenvereins, waren damals überrascht davon, daß die Forderung nicht höher sein sollte. Es ist bekannt, und diese Anschauung ja auch in den Grenzboten wiederholt vertreten worden, daß die Erwartungen bedeutend weiter gingen und sich vor allem auf den beschleunigten Ausbau der Schlachtflotte richteten; vom Flottenverein wurde darüber hinaus die Vermehrung um ein fünftes Geschwader befürwortet. Die Marineverwaltung hätte ja nun sicherlich so gut wie sechs Panzerkreuzer auch fünf neue Linienenschiffe fordern können, wenn sie den Vorteil, den jene durch größere Schnelligkeit gewähren, durch größere Kampffähigkeit dieser hätte ausgleichen wollen. Der finanzielle Unterschied, durch stärkere Panzerung, schwerere Artillerie und etwas stärkere Besatzung, wäre vielleicht nicht so schwer ins Gewicht gefallen. Aber Admiral von Tirpitz hat es sich vorgesetzt, die durch die beiden vorigen Flottengesetze geschaffne Basis nicht zu verlassen und jede Weiterentwicklung der Flotte streng in dem Rahmen des bestehenden Gesetzes zu halten. Das ist auch mit der neuen Novelle der Fall. Die Forderung für die „Auslandflotte,“ die in dem Gesetze von 1900 enthalten war, ist bekanntlich vom Reichstage seinerzeit vorläufig abgelehnt worden. Die unmittelbare Antwort, die die Geschichte darauf gab, war der Ausbruch der chinesischen Wirren, der u. a. die Entsendung einer LinienSchiffsdivision dorthin zur Folge hatte. Vielleicht wäre es ein Gebot der Konsequenz gewesen, im Hinblick auf die Sachlage in Ostasien die abgelehnten Auslandschiffe sofort im Jahre 1901 von neuem zu fordern. Was den Staatssekretär davon abgehalten haben mag, war wohl wesentlich die Erwägung, alle vorhandenen Kräfte auf die Steigerung der Qualität der Schlachtflotte zu konzentrieren, denn alles, was wir zur und über See erstreben wollen und erreichen können, bedarf des Hintergrundes einer starken Schlachtflotte in der Heimat, deren Verteidigung doch auch für die Flotte die oberste Aufgabe ist. Ist eine solche Schlachtflotte vorhanden, so werden die Kreuzer draußen auch von den andern Seemächten respektiert, ist keine vorhanden, so haben die Kreuzer höchstens den Wert ihrer eignen Gefechtskraft, der bei den kleinen geschützten Kreuzern nur gleichwertigen oder geringern Schiffen gegenüber von Belang ist und auch bei den großen geschützten Kreuzern den Panzerkreuzern der andern Nationen gegenüber leider sehr eingebüßt hat. Dieser Umstand hat zu dem sehr richtigen Entschluß geführt, von der früher beabsichtigten Vermehrung der kleinen Kreuzer für Zwecke des Auslanddienstes einstweilen abzusehen und statt dessen starke und schnellgehende Panzerkreuzer einzuführen, die aber auch die Seeschlacht nicht nur nicht zu scheuen brauchen, sondern in ihr mitzuwirken haben. Daneben ist durch Vergrößerung der Hochseetorpedoschiffe, bei andern Nationen Torpedobootzerstörer genannt, ein Typ geschaffen worden, der durch seine Schnelligkeit unter Umständen auch den kleinen Kreuzer im überseeischen Dienst zu ersetzen und bei der Schlachtflotte im Angriff wie in der Verteidigung wertvolle Dienste zu leisten vermag. Es war demnach nicht nur die Zahl der Divisionen, sondern auch die Zahl der immer verwendungsbereiten Fahrzeuge dieser Gattung zu erhöhen. Beides geschieht durch die neue Novelle, die die im Flottengesetz vorgesehenen sechzehn Divisionen (zu sechs Schiffen) auf vierundzwanzig vermehrt und die Zahl der verwendungsbereiten Fahrzeuge auf ungefähr hundert bemißt.

Der Wert einer Schlachtflotte beruht nun aber nicht allein in der Zahl der Schiffe, in ihrer Artillerie, Panzerung und Schnelligkeit, sondern hauptsächlich mit auf der Qualität der Besatzung, sowohl der Offiziere wie der Mannschaften. Je größer und komplizierter die LinienSchiffe werden, je mehr sich dadurch die Besatzung in Spezialistenabteilungen auflöst, die Stäbe immer größer werden, desto

notwendiger ist es, dem Offizierkorps die sorgfältige, ja man darf sagen minutiöse Ausbildung zu sichern und zu erhalten, die von jeher der Stolz unsrer Flotte war. Man kann wohl sagen, daß bis zum Jahre 1898 jeder junge Offizier, der zum Dienst als Wachoffizier zugelassen wurde, auch als fertig und tüchtig ausgebildet gelten konnte. Mit der Vermehrung der Flotte, die seitdem eingetreten ist, hat die Vermehrung des Offizierkorps vielleicht doch nicht hinlänglich gleichen Schritt gehalten, und es hat vielleicht deshalb die Ausbildung der Seekadetten und der Fähnriche beschleunigt werden müssen, namentlich da aus verschiedenen Gründen nicht so viel Schulschiffe in Dienst gestellt werden können, als eigentlich nötig wären und im Flottengesetz auch vorgesehen sind. Diese Gründe liegen zum Teil in den Kosten, zum Teil darin, daß der Stab eines Schulschiffes aus sechzehn oder mehr erlesenen Offizieren gebildet werden muß, die dann in der Friedensausbildung der Schlachtflotte fehlen, und die wir zurzeit nicht haben. Außerdem ist mit der Schwierigkeit zu rechnen, daß bei plötzlich eintretender Mobilmachung diese Schulschiffe, die dann außer Dienst zu stellen sind und ihre Stäbe aufzulösen haben, irgendwo in der Welt sind und vielleicht kaum zurückkehren können, sodaß die sämtlichen darauf eingeschifften Offiziere, die für den Krieg zu einem andern Kommando bestimmt sind, ihren Platz in der mobilen Flotte nicht einnehmen können. Finanzielle Gründe sind auch bestimmend gewesen, im Flottengesetz von 1900 die Vermehrung des Offizierersatzes nicht so ausgiebig zu bemessen, wie es der Stärke der Flotte entsprechend gewesen wäre, sondern sich mit einem Knappern, erst sehr allmählich stärker werdenden Nachwuchs zu begnügen. Die jetzige Vorlage scheint das einigermaßen nachzuholen, und das ist im Interesse der Quantität wie der Qualität des heranwachsenden Offizierkorps nur freudig zu begrüßen.

Es wäre durchaus verkehrt, an den Begriff „Auslandflotte“, „Auslandschiffe“ die Vorstellung zu knüpfen, als ob das Schiffe seien, die nach ihrer Bauart und Einrichtung bloß für den überseeischen Dienst bestimmt und nur für diesen tauglich wären. Es ist ganz selbstverständlich, daß den Dienst im Auslande jedes Schiff unsrer Marine mit Einschluß der gesamten Schlachtflotte besorgen kann. Der Begriff „Auslandflotte“ hat sich zum Unterschied von der „Heimatflotte“ eingebürgert, unter der die Schlachtflotte — die Linienschiffsgeschwader mit den zu ihnen gehörenden Kreuzerdivisionen und Torpedodivisionen — verstanden wird. Ein fest formulierter Begriff „Auslandflotte“ würde an sich zulässig sein, wenn wir, wie zum Beispiel die Engländer, in den verschiedenen Weltteilen dauernd formierte Verbände unterhalten und von einem ostasiatischen Geschwader, einem afrikanischen, einem amerikanischen, einem Südseegechwader reden könnten. Da dies nicht der Fall ist, und die Besetzung dieser auswärtigen Stationen für Jahre nur mit geringen Kräften geschehen kann — in Ausnahmefällen mit Entsendungen, die die Divisionsstärke (vier Schiffe) kaum überschreiten dürften —, so hat es eigentlich keinen rechten Sinn, gesetz- und etatzmäßig von einer „Auslandflotte“ zu sprechen, aber für die Begründung der Schiffszahl ist es nötig. Wie im Eingang dieser Betrachtung hervorgehoben wurde, ist es notwendig geworden, den Schiffen, die wir ins Ausland senden, eine qualitative Ebenbürtigkeit mit den draußen liegenden Schiffen der Engländer, Amerikaner, Japaner usw. zu verleihen, und dabei zugleich die Möglichkeit vorzusehen, durch Zusammenziehung solcher Schiffe gefechtsfähige Verbände herzustellen.

Auch gebietet uns das Beispiel der Engländer, die aus dem russisch-japanischen Kriege sofort die praktischen Konsequenzen gezogen und in den heimatischen Gewässern zwei Geschwader von sechs starken Panzerkreuzern (im Mittelmeer noch ein drittes von vier Panzerkreuzern) unterhalten, denen in der Seeschlacht eine sehr bedeutende Rolle zugebracht ist, auch für uns als dringlichste Voraussicht, neben tüchtigen Panzerkreuzern auf den ausländischen Stationen wenigstens eine kleine Zahl zur Verfügung in der Heimat zu haben, die je nach Bedarf entweder zur Verstärkung ins Ausland entsandt werden können oder der Schlachtflotte bei plötzlicher Kriegsbereitschaft

angegliedert werden. Diese Panzerkreuzer werden darum auch dauernd im Dienst sein müssen und eine starke, auch gegen Linienschiffe gefechtsfähige Avantgarde bilden. Nach dem Flottengesetz ist für jedes Linienschiff ein Kreuzer als Aufklärungsschiff vorgesehen, die Aufklärungsgruppen sind so gedacht, daß sie für jede Linienschiffsdivision aus einem großen oder Panzerkreuzer und drei kleinen Kreuzern zusammengekehrt werden sollen. Bisher ist diese Stärke leider noch nicht erreichbar gewesen, die Schlachtflotte hat in diesem Sommer als Aufklärungsgruppen statt vier Divisionen deren nur zwei zu verzeichnen gehabt, zum Teil auch, weil es notwendig ist, in diese Aufklärungsgruppen möglichst gleichwertige Schiffe, namentlich in der Schnelligkeit, aufzunehmen, und weil unsere kleinen Kreuzer erst allmählich durch die Ersatzbauten gleichwertig gemacht werden. Gegenwärtig variiert ihr Displacement noch zwischen 1117 und 4292 Tonnen. Es scheint die Absicht zu bestehen, bei den Ersatzbauten, die bis zum Jahre 1917 noch in der Zahl von 23 auszuführen sind, allmählich bis auf 4500 Tonnen Displacement vorzurücken. Die Scheidelinie liegt bis jetzt bei 5000 Tonnen, sodaß alle Kreuzer von 5000 Tonnen und darüber als große Kreuzer, die mit einem Displacement von weniger als 5000 Tonnen als kleine Kreuzer gelten. In dem neuen Typ der Hamburg-Bremenklasse hat unsere Marineverwaltung einen ganz vorzüglichen kleinen Kreuzer geschaffen, der vielleicht nur im Punkte der Schnelligkeit und demgemäß auch des Kohlenfassungsvermögens einer kleinen Erweiterung bedarf. Gelingt die Konstruktion der neuen großen Panzerkreuzer in entsprechender Weise, so werden sie der Stolz unserer Flotte sein.

Etwas anders als die Vermehrung der Schlachtflotte über das Gesetz von 1900 hinaus, die zunächst weder dringlich noch ausführbar erscheint, wäre die Beschleunigung der Ersatzbauten, besonders jener dreizehn alten Schiffe (der Bayernklasse, der Oldenburg und der acht Küstenpanzer der Agirklasse), die, wie in diesen Heften schon des öftern ausgeführt worden ist, zwar leider als Linienschiffe figurieren, tatsächlich aber sämtlich nur für den unmittelbaren Küstenschutz bestimmt und brauchbar sind, die erste als alte Ausfallkorvetten, die andern zur Verteidigung des Nordostseefanals. Eine Beschleunigung dieses Ersatzbaus würde sich ebenfalls dem Rahmen des Flottengesetzes nicht entziehen, würde jedoch, da die Schiffe schon im Gesetz bewilligt sind, nicht in eine neue Novelle, sondern in den Etat gehören. Nun wird der Etat aber schon nicht unbedeutend belastet dadurch, daß die vom nächsten Jahre ab auf Stapel zu legenden Linienschiffe, wie bekannt ist, eine Displacementssteigerung von 13500 auf 18000 Tonnen erfahren werden, und es scheint, daß die Marineverwaltung Bedenken trägt, zugleich auch noch mit einer Beschleunigung der Ersatzbauten vorzugehen, die dazu führen würde, für sechs Jahre statt, wie bisher der Fall war und auch ferner geplant ist, drei große Schiffe deren wenigstens fünf auf Stapel zu legen, abgesehen davon, daß die Beschleunigung der neu geforderten Panzerkreuzer kaum weniger dringend ist. Aber neben der Geldfrage kommt dabei auch noch ferner in Betracht, ob diese Leistung bautechnisch und in konstruktiver Beziehung möglich ist, sowie ob die Heranbildung der Besatzungen in demselben Tempo erfolgen könnte. Die Frage der Dringlichkeit wird voraussichtlich bei den Reichstagsverhandlungen zur Sprache kommen, und es bleibt nicht ausgeschlossen, daß die nationalen Parteien des Reichstags, falls sie es nach der gesamten Sachlage für geboten erachten, einen solchen Antrag einbringen. Wenn die Sicherheit des Reichs es fordert, kann es keinem Bedenken unterliegen, den beschleunigten Ersatz der dreizehn Figuranten sowie den Neubau der sechs Panzerkreuzer auf dem Wege der Anleihen sicherzustellen, und die nationalgesinnte Mehrheit des Reichstags wird zu erwägen haben, ob es nicht geboten sein möchte, die viele Feindseligkeit, von der wir umgeben sind, wie im Februar 1888 durch ein Votum zu beantworten, wodurch der Reichstag und die Nation zu erkennen geben, daß sie bereit und entschlossen sind, alles an Deutschlands Ehre, Sicherheit und Unabhängigkeit zu setzen. Die sogenannte Deckungsfrage und auch die Reichsfinanzreform darf aus diesem Grunde mit der Flottenovelle nicht verquickt werden, und wenn Zentrumsblätter

die vorherige Erledigung der Deckungsfrage als unerläßlich bezeichnen, so haben wir zur Zentrumsfraktion das Vertrauen, daß sie einsichtiger, verständiger und patriotischer in ihren Entschlüssen als die Presse in ihrer besangnen Polemik sein wird.

Es taucht auch bei dieser Gelegenheit — und zwar nicht nur im Bannkreise des Popularitätsbedürfnisses des Zentrums — von neuem die törichte Phrase auf, die wir schon bei den Flottengesetzen bis zum Überdruß gehört haben: daß die Kosten für die Vermehrung der Flotte nur auf die „leistungsfähigen“ oder gar auf die „leistungsfähigsten“ Schultern gelegt werden dürften. Das sei Bedingung der Zustimmung. Ist je größerer Unsinn ausgesprochen, größere Würdelosigkeit im Namen eines großen Volkes behauptet worden? Wohin sollen wir denn kommen, wenn wir selbst die Frage der nationalen Würde, Sicherheit und Ehre, der Integrität und Selbständigkeit nach Interessentenkreisen auflösen, um danach die Kosten zu repartieren? Wer sind denn diese leistungsfähigen oder leistungsfähigsten Schultern? Die paar großen Schiffsgesellschaften, oder gar die Kolonialgesellschaften, die einstweilen kaum zu existieren vermögen? Oder der große Bankier, der ruhig erklären würde: „Ich brauche keine Flotte,“ oder der Großgrundbesitz, der sich auf denselben Standpunkt zu stellen wüßte? Es bleiben also Handel, Industrie und die gelehrten Berufe! Will man das Gelächter und den berechtigten Spott des Auslandes noch mehr herausfordern? Sind solchen Anschauungen gegenüber, die tatsächlich in das Rathhaus zu Schilda gehören, die Engländer und ihr König wirklich so im Unrecht, wenn sie achselzuckend von der „deutschen Flottenpielerei“ reden? Würde es je in irgendeinem Lande der Welt erhört sein, in England oder in Amerika, in Frankreich oder in Italien, daß ein Teil der Nation ein Präzipuum in Anspruch nimmt, zu der Nationalverteidigung nicht beizutragen? Was will man den Schiffsfahrtsinteressenten und auch den Hansestädten entgegenhalten, wenn diese erklären sollten: Wir brauchen die Landarmee nicht, wir zahlen darum auch ihre Kosten nicht. Oder wenn die östlichen Provinzen sagen wollten: Was geht uns Metz und Straßburg, was die Befestigungen von Köln und Mainz an, dafür zahlen wir nichts. Oder der Westen wollte dasselbe von Königsberg und Thorn sagen? Wir haben zunächst auf dem Gebiete der Nationalverteidigung die Einheit erstrebt und mit Not und Mühe erlangt; wenn wir jetzt bei der Flotte die *itio in partes* zulassen, dann kommen wir unvermeidlich bei der Armee zu demselben Standpunkt. Was schert mich die Kavallerie und die Artillerie? Die mögen die leistungsfähigen Schultern tragen! Und wer gehört denn nicht zu den „leistungsfähigen Schultern“? Etwa die Arbeiterschaft, die zumeist vor lauter Übermüt einen Streik nach dem andern vom Zaune bricht und die Kosten auf sich nimmt? Die durch regelmäßige Abgaben, weit höher als Staat und Reich ihr aufzuerlegen wagen, die frivolsten Arbeitseinstellungen wochenlang durchführt und jahrein jahraus die Heizer und Agitatoren füttert? Dieselbe Arbeiterschaft, deren rapid gewachsenen Wohlstand die bewundernde Anerkennung des ganzen Auslands findet, die die Sparkassen füllt, die freien Schulunterricht und teilweise auch volle Steuerfreiheit genießt, für deren Kranke, Verletzte und Invaliden jährlich unermessliche Millionen aufgebracht werden? Für deren Witwen und Waisen — sonst nirgend auf der Welt — jetzt auch noch Fonds aufgesammelt werden? Diese Arbeiterschaft soll den auf sie fallenden, für den Kopf wirklich minimalen Anteil der Flottenvermehrung nicht tragen können? Die deutsche Arbeiterschaft müßte eine so würdelose Zumutung mit Entrüstung zurückweisen. Zumal da gerade ihr die auf die Flottenverstärkung verwandten Summen zuerst zugute kommen und zur weitaus größten Hälfte als Arbeitslöhne in ihre Taschen fließen! Die Kosten des Schiffbaues, der Artillerie- und Torpedoausrüstung, der nötigen Land- und Hafengebäuden bestehen doch weitaus zum größten Teil aus Arbeitslöhnen, die auch bei der Materialerzeugung selbst noch eine sehr große Rolle spielen. Von den 27 Millionen Mark, die ein Panzerkreuzer nebst Armierung kostet, fällt doch mindestens die Hälfte den Arbeitern als

Lohn zu, denn wieviel Arbeitslohn steckt in jeder Panzerplatte, welcher Anteil in jeder Schraube, in jedem Niet! In 165 Millionen Mark für sechs Panzerkreuzer stecken unter Anrechnung der in dem Material enthaltenen Löhne reichlich 80 Millionen Mark Arbeitslohn. Und wenn den deutschen Arbeitern durch einen den Schiffbau bis zum Jahre 1917 regelnden Plan bis dahin ausgiebige und gut bezahlte Arbeit verbürgt wird — dann kommen klerikale Blätter und reden salbungsvoll von den „leistungsfähigen Schultern.“ Aber nicht nur klerikale, sondern leider liberale auch! In diesem geradezu kindischen Unsinn, der nur in Deutschland bei dem Mangel an Nationalgefühl und Staatsinn möglich ist, stimmen die beiden politischen Antipoden überein! Das Wettlopen zwischen dem Has und dem Swinegel — um den Stimmenkauf!

Gegen eine Beschleunigung der Ersatzbauten können einzig zwei Bedenken sprechen: die Unmöglichkeit, die Stäbe und die Besatzungen in guter Qualität zu beschaffen, und die Gefahr, durch diese Beschleunigung während der ersten Jahre nachher eine Lücke im Bauplan zu bekommen und dadurch die Werften und ihre Arbeiter in Verlegenheit zu bringen. Je leistungsfähiger aber diese sich erweisen werden, desto mehr können sie damit rechnen, Beschäftigung auch vom Kriegsschiffbau des Auslands zu erhalten. Haben wir in Deutschland mit einer Gefährdung der nationalen Sicherheit und Ehre zu rechnen, so gibt es nichts, was nicht dahinter zurücktreten müßte. Und — ein Beschluß des Reichstags in diesem Sinne würde für die Wiederherstellung guter Beziehungen zu England sicherlich außerordentlich nützlich sein!

Die fast gleichzeitige Einberufung des Landtags, dem gemäß dem vom Kultusminister gegebenen Versprechen die Schulunterhaltungsvorlage zugehn wird, legt die Gefahr eines Konflikts im Abgeordnetenhaus nahe. Die Vorlage ist zwar genau auf dem Boden des seinerzeit vom Zentrum, den Konservativen und den Nationalliberalen gefaßten Kompromißbeschlusses ausgearbeitet, aber die nationalliberale Partei ist schon jetzt, bevor der Entwurf noch bekannt ist, voller Bedenken gegen ihn. Nun sind aber tatsächlich für solche Parteikämpfe die Zeiten zu ernst. Wenn im Reichstage dringende nationale Interessen ein einheitliches und beschleunigendes Verhalten aller auf nationalem Boden stehenden Parteien zwingend und unerläßlich machen, ist es nicht angängig, im Abgeordnetenhaus eine Situation zu schaffen, die auf einen Schulkonflikt hinauslaufen könnte. Es wäre unter diesen Umständen vielleicht doch nützlicher gewesen, die Vorlage noch um eine Session zu verschieben und dadurch alles zu vermeiden, was zu parlamentarischen konfessionellen Kämpfen führen könnte. Namentlich wäre ein konservativ-kerikaler Gegensatz gegen die nationalliberale Partei so unzeitgemäß wie möglich.

Seitdem an dieser Stelle vor einigen Wochen auf den Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg als auf eine für eine hohe diplomatische Stellung sehr geeignete Persönlichkeit hingewiesen worden ist, ist die Berufung des Prinzen zum Leiter der Kolonialabteilung erfolgt, deren jetziger Chef, Dr. Stübel, einen nordischen Gesandtenposten erhalten wird. Zeitungsgerüchte, die den frühern Koburg-gothaischen Staatsminister Hentig als Unterstaatssekretär des künftigen Kolonialamts bezeichnen, verdienen wenig Glauben. Hentig hat in Koburg-Gotha eine selbständig leitende verantwortliche Stellung eingenommen und dürfte schon aus diesem Grunde wenig geneigt sein, das Amt eines Unterstaatssekretärs anzutreten; sodann ist aber auch nicht anzunehmen, daß nachdem die Behörde in dem Erbprinzen einen der Kolonialverwaltung und den Kolonien selbst völlig fremden Chef erhält, auch der Unterstaatssekretär seinen künftigen Aufgaben fremd gegenüberstehn kann. Die Vermutung, daß dieser wenigstens rompu au métier sein wird, dürfte sehr viel berechtigter sein. *s*

